



rote hilfe 26

Herausgegeben von der provisorischen zentralen Leitung

PREIS -75

50 Jahre Rote Hilfe

Vorwärts zur Gründung der Roten Hilfe Deutschland!

An hundert politische Gefangene befinden sich in westdeutschen Gefängnissen in den Händen der bürgerlichen Schinder! Sie müssen freigekämpft werden!

Revolutionäre und fortschrittliche Menschen werden immer häufiger kaltblütig und mit Berechnung ermordet. Wir müssen den Mördern das Handwerk legen!

Täglich wird das Volk durch eine vor nichts zurückschreckende Polizei und brutale Klassenjustiz im Betrieb, auf der Straße und in den Wohnvierteln terrorisiert, während Verbrecher vom Saug eines Polizeihundes, von Schindern und ähnliche Gangster noch mit Ehren überhäuft und mit Orden behängt werden. Den Terror gibt es zu brechen!

Richter, Polizisten, Justizbeamte und andere Unterdrückungsschergen können täglich die Märkte an verurteilten Fußgängern, an Jugendlichen, an Ausländern, an Gefangenen, indem sie brandwühlig Strafen verhängen, Menschen erschließen, mißhandeln, foltern, krankenhaft auf schlagen und schikanieren. Wir müssen den Schindern in den Arm fallen!

In Gefängnissen werden Dutzende von Revolutionären durch Isolierhaftfolter bewußt langsam zu Tode getrieben. Andere Gefangene werden unglaublich gequält, zum Selbstmord getrieben, man läßt sie ohne ärztliche Hilfe in Zellen erstarben umkommen oder erschlägt sie gar. Schluß mit der Isolierhaftfolter, Schluß mit dem Terror in den Gefängnissen!

Liquidierung, Ermordung, langsamer KZ-Tod der revolutionären Teile der Arbeiterklasse und anderer werktätigen Schichten, massenlose Niederknüppelung jeder Regung von Opposition, Verpeinigung von Furcht und Schrecken unter dem Volk.

Was anders soll man das hemmungslose Abmahlen der verschiedensten Menschen in der letzten Zeit, die Isolierfolter, die Verschleppungen, den bewußten Kommunistenmord im Falle Roubicek, an die anderen Terrormaßnahmen erklären? Auch die Bourgeoisie sieht genau, daß der Tag naht, an dem der Entscheidungskampf um die Macht in unserem Land ausgefochten wird. Und sie bemüht sich dafür zu rüsten, so gut sie kann. Sie setzt dem immer unzufriedeneren Volk ihren Staatsapparat entgegen, und wird schon bald nicht mehr davor zurückschrecken, auch in Demonstrationen und Versammlungen schütten zu lassen.

Der Feind sieht, daß alle seine Beschwichtigungsvorhaben fehlgeschlagen sind und auch sein Terror die Kampfbereitschaft der Revolutionäre und des ganzen werktätigen Volkes nicht brechen kann.

Die Bourgeoisie unterschätzt alles, um den Kämpfen des Volkes die Spitze abzubrechen. Ihre Agenten, die modernen Revisionisten der D.K.P. führen die Werktätigen in die Irre, spalten sie, ziehen sie zurück, wo sie nur können. Aber der Klassenverrat des modernen Revisionismus kann die Ausbeuterklasse nicht auf die Dauer vor dem revolutionären Ansturm der Massen bewahren. Da wo schon heute der Verrat nicht mehr ausreicht, haben sich die modernen Revisionisten längst zu Henkersknechten der Bourgeoisie gemacht, die selbst aktiv den Justiz- und Polizeiterror unterstützen. Aber weder der Verrat des modernen Revisionismus noch der Terror der Bourgeoisie kann den Kampf aufhalten. Ganz im Gegenteil! Immer breitere Schichten der Werktätigen werden in den Kampf gezogen. Der Klassenfeind erfährt es immer wieder: was er auch tut, er erhält einen Schlag nach dem anderen. So sucht er seine Zuflucht im verstärkten Terror.

Das ist nicht neu. Als vor 50 Jahren, am 1. Oktober 1924 die Rote Hilfe Deutschlands gegründet wurde, da saßen 7000 proletarische Kämpfer, meist wegen der revolutionären Kämpfe des Jahres 1923, vor allem des Hamburger Aufstands, im Kerker. Dutzende wurden gemordet, Hunderte verstümmelt, Tausende mißhandelt.

Inhalt

Klassenjustiz versucht Mordanschlag zu vertuschen	S. 2
Zum Polizeimord an H. J. Remisko	S. 2
Gefängnisalltag: Mord, Terror, Folterung	S. 3
Isolierhaftfolter	S. 4
Gefangenenkorrespondenz	S. 5
Der angeklagte Genosse führt den Prozeß	S. 5
Berufsverbote: Wer eine gerechte Sache vertritt ...	S. 6
Arbeitsgerichte - Unterdrückungsinstrumente der Bourgeoisie	S. 7
"Rote" Hilfe e. V.	S. 7
Ein schlechter Scherz	S. 7
Hände weg von der RH	S. 8
Freispruch für die Kämpfer des Roten Antikriegstags	S. 9
Freiheit für die revolutionäre Agitation und Propaganda!	S. 9
Korrespondenz italienischer Genossen	S. 10
Feldjäger schlagen Soldaten blutig	S. 10
Die Rote Hilfe aufgebaut!	S. 11
Ernst Thälmann der ging uns voran	S. 12

Gezielter Terror gegen Revolutionäre, Bestialität, Wut und Schikane auch gegen Werktätige, die den Unterdrückern mehr oder weniger zufällig in die Quere kommen - diese Erscheinungen prägen immer mehr das Gesicht der Unterdrückerherrschaft.

Tagtäglich beginnt dieses System Verbrechen und was man eine Chronik dieser Verbrechen aus den letzten 10 Jahren aufstellen wollte, man sieht man, wie die Entfaltung dieses Terrors mit der Vertiefung der Krise des Kapitalismus in Westdeutschland einhergeht, ein Spiegel eines bis in die Knochen verfaulten, korrupten, vor keiner Untat zurückschreckenden Systems.

Immer entschlossener und machtvoller werden die Kämpfe der Arbeiter und anderer Werktätiger um ihren Lohn, um ihre Rechte und Forderungen, immer mehr Menschen sehen, daß nur der siegreiche Kampf um die Macht und zur Errichtung des Sozialismus auf die Dauer einen Ausweg bietet. Und je härter der Kampf zwischen Arbeiterklasse und Bourgeoisie tobt, je mehr die Unterdrücker in Bedrängnis geraten, umso offener und deutlicher nimmt ihre Herrschaft faschistische Züge an. Jetzt, wo die Kapitalisten ihre Herrschaft bedroht sehen, wo, wie ein Westberliner Landrichter sagte, "außergewöhnliche und schwere Zeiten sind, wo die staatliche Ordnung ins Wanken geraten ist", erinnern sich unsere Herren an die bewährten Rezepte, mit denen schon unter Hitler und Mussolini gearbeitet wurde, mit denen jede faschistische Herrschaft arbeitet:

Klassenjustiz versucht Mordanschlag auf Hamburger Jungarbeiter zu vertuschen

Am 14. 12. 1973 fährt der 16-jährige Jungarbeiter Manfred M. nachts in Hamburg-Harburg ohne Führerschein mit seinem Freund Motorrad. Sie geraten in eine Verkehrskontrolle. Manfred versucht, sich zu entziehen. Dabei verletzt er einen Polizisten, der in der Dunkelheit nicht gut erkennbar war, geringfügig am Fuß. Kurz darauf läßt Manfred das Motorrad stehen und flüchtet auf eine Wiese. Der Polizist verfolgt ihn. Plötzlich taucht eine Zivilstreife auf, ein 2. Polizist, OWM Teschke, springt heraus und schießt ohne Vorwarnung auf den davonlaufenden Manfred. Der wird an Kopf und Arm durch Streifschüsse getroffen. Dann verschießt Teschke sein ganzes Magazin. Dabei schlug eine Kugel in Manfreds Rücken, unmittelbar neben der Wirbelsäule ein, durchbohrte die Lunge und blieb in der Achselhöhle stecken. Der andere Polizist versuchte ebenfalls zu schießen, "leider" hatte er aber Ladehemmung, wie er später zu Protokoll gab.

Als unverschämte Begründung für den Mordversuch an Manfred gab der Polizeischütze später an, Manfred habe sich in Schießhaltung befunden, deshalb habe er sich bedroht gefühlt und geschossen. Diese Lüge ist umso unverfrorener, als nachgewiesen ist, daß Teschke die Schüsse in ganz geringer Zeitabfolge abgegeben hat und Manfred gar keine Gelegenheit gehabt hätte, sich in Schießhaltung zu stellen. Aber damit nicht genug: nachdem Manfred zusammengebrochen war, hetzte der eine Polizist noch seinen Hund auf ihn. Der biß ihn in Gesicht, Wade und beide Oberschenkel. Im Krankenhaus wird der Schwerverletzte von 2 Polizisten "bewacht". Begründung: Er habe mit einem Motorrad einen Mordversuch an einem Polizisten unternommen. Bei dieser Wache schwingen die Polizisten Reden wie? "Da sieht man mal wieder - unsere Pistolen haben ein viel zu kleines Kaliber, wenn noch nicht einmal ein Ausschuß zu sehen ist.

Ein faustgroßer Ausschuß ist notwendig, damit der Gangster auf der Stelle umkippt." oder "Wenn wir 9mm Kaliber hätten, dann wärest du nicht mehr weitergelaufen!" Das heißt nichts anderes, als daß diese Typen eiskalt Mord einkalkulieren. Die Morde und Mordversuche der vergangenen Monate an G. Jendrian, G. Routhier, H. -J. Remiszko, T. Hytreck - um nur einige zu nennen - sprechen eine deutliche und blutige Sprache.

Als die ROTE HILFE in Hamburg von diesem Vorfall hörte, wandte sie sich an Manfred und seine Eltern. Sie wollten erst gar nichts unternehmen. Wir überzeugten die Eltern jedoch davon, daß Manfred kein Einzelfall ist, in dem die Polizei rücksichtslos zur Knarre gegriffen hat. Wir machten ihnen klar, daß man den Kampf gegen den blutigen Terror des Staates aufnehmen muß. Die ROTE HILFE führte eine breite Flugblattaktion durch und besorgte ihnen einen Anwalt, der gemeinsam mit der ROTEN HILFE den anstehenden Prozeß gegen Manfred vorbereitete. Manfreds Vater erstattete im April 74 Anzeige gegen den Polizeischützen Teschke wegen versuchten Totschlags.

Jetzt, 4 Monate später, leugnet die Staatsanwaltschaft, jemals eine solche Anzeige bekommen zu haben. Stattdessen zerren sie Manfred vor Gericht u. a. wegen Gefährdung der Sicherheit des Straßenverkehrs (nicht unter einem Jahr Gefängnis).

Am 14. 8. 74 fand der Prozeß gegen Manfred statt. Das Urteil - eine Verwarnung - macht deutlich, daß es der Klassenjustiz in der 9-stündigen Verhandlung nicht gelungen ist, den offenkundigen Mordversuch zu verschleiern. Im Gegenteil, vor Gericht mußte Teschke zugeben, gleich beim 1. Schuß gezielt und in Tötungsabsicht geschossen zu haben.



Aber von Ermittlungen gegen den Polizeischützen keine Rede. Natürlich ermittelt die Klassenjustiz nicht freiwillig gegen Polizeischützen. In den vergangenen Jahren wurden fast alle solche Verfahren eingestellt, wenn es überhaupt je zu Ermittlungen kam. Wurde tatsächlich mal einer verurteilt, bekam er auf Bewährung und blieb im Dienst. Der Staat braucht eine schießwütige Polizei. Ist sie es doch, die mit faschistischem Terror gegen Streiks und Demonstrationen eingesetzt wird. Ist sie es doch, die die Kapitalistenklasse und ihren Staat vor der wachsenden revolutionären Bewegung schützen soll.

Doch die Bourgeoisie kann sicher sein, mit jedem Terroranschlag gegen das Volk wächst die Empörung, wächst die Klassen-solidarität, wird der Feind, der kapitalistische Staat, immer klarer erkannt, wird die Notwendigkeit des gewaltsamen Sturzes des kapitalistischen Systems immer deutlicher. Der Stein, den die Kapitalisten und ihre Handlanger gegen das Volk erhoben haben, wird auf ihre eigenen Füße fallen.

Manfreds Vater hat erneut Strafantrag gegen Teschke gestellt. Außerdem wird ein Verfahren zur Entschädigung für Manfred eingeleitet, da er seit dem Anschlag eine Reihe körperlicher Leiden hat.

Die ROTE HILFE in Hamburg wird das zum Anlaß nehmen, eine noch breitere Öffentlichkeit über diesen Mordversuch herzustellen, noch mehr Menschen den Klassencharakter des Staates klarzumachen, Menschen für den Kampf gegen die politische Unterdrückung in ihren Reihen zu organisieren.

ZUM POLIZEIMORD AN H.J. REMISKO

Am 18. Juli spätabends wurden in Mannheim zwei Jugendliche vor einer Diskothek von zwei Männern mit Rockerkluft angerepelt. Sie verlangten die Ausweise der beiden, ohne sich als Polizisten auszuweisen, und wollten den Inhalt der Plastiktüte sehen, die einer der beiden Jugendlichen bei sich trug. Die Jugendliche fühlten sich bedroht. Einer lief in das Lokal und rief um Hilfe. Daraufhin kamen 7 bis 8 Gäste heraus. Die beiden Zivilpolizisten begannen sofort zu schießen. Zwei Arbeiter wurden durch einen Bein- und einen Bauchschuß verletzt. Die Empörung der Jugendlichen ist groß. Sie wehren sich und es gelingt ihnen, einen der Polizisten auf den Boden zu werfen. Da schießt der andere Polizist und trifft Hans Jürgen Remisko tödlich am Hals. Erst als ein Arbeiter dem anderen Polizisten die Pistole an den Kopf hält und droht, sie abzudrücken, hört der Mörder auf zu schießen. Am Boden: Ein Sterbender, ein Schwerverletzter, ein Verletzter!

Um den Mörder kümmert sich keiner. Aber um diejenigen, die verhindert haben, daß er noch mehr Menschen umlegt, die die Pistole dem anderen Polizisten wegnahmen und mit der Drohung zu schießen das Ende des Blutbades erzwingen: sie werden verhaftet. Und man kann sich schon ausrechnen, wohin das wieder führen wird: zu einer Anklage wegen versuchtem Mord.

Die Mörder klagen diejenigen des versuchten Mordes an, die ihnen in den Arm gefallen sind!

Dies ist - aus den letzten Monaten - das erschreckendste Beispiel des Terrors, den die Bourgeoisie mehr und mehr

in den Arbeitervierteln der großen Industriestädte entfaltet. Immer wieder werden dort Menschen erschossen, zusammengeschlagen, mißhandelt. Fast jede Stadt hat ihre berüchtigte Polizeiwache, auf der regelmäßig Leute zusammengeschlagen werden, in irgendeinem Arbeiterviertel. Und in geradezu widerlicher Manier versuchen die Folterknechte und Mörder dann die Bewohner des entsprechenden Viertels, die Arbeiter und ihre Kinder zu Halbwilden zu stempeln, zu Rockern, zu Schlägertypen, zu Asozialen. Dies ist ein Teil der fortschreitenden Unterdrückung, ein Ergebnis der Verschärfung des Klassenkampfes. Hier sind keine Kampffaktionen der Arbeiterklasse gegen die Ausbeuter und Unterdrücker beute- und Unterdrückerherrschaft der Anlaß der Verbrechen der Bourgeoisie. Solche Fälle zeigen: die Unterdrückung der Arbeiterklasse durch die Bourgeoisie ist nicht auf die Niederschlagung revolutionärer und fortschrittlicher Aktionen beschränkt. Überall, in seinem ganzen Leben sieht sich der Arbeiter, sehen sich alle Werktätigen andauernd mit den Unterdrückungsmaßnahmen der Bourgeoisie konfrontiert. Er gilt nichts, als eben als Lohnsklave. Wenn er aufmuckt, egal wo, muß er damit rechnen, abgeknallt zu werden.

Diese Willkürakte muß und wird die ROTE HILFE aufgreifen und anprangern. Ihre Aufgabe ist es, den Opfern solcher Anschläge des Klassenkampfes Hilfe, Unterstützung und Schutz zu geben.

Nieder mit dem Polizeiterror! Tod den Mördern!

IMPRESSUM :
verantw., S.d.Pr.ges.: M. Banos
46 Dortmund, Kesselstraße 31

Druck: NAV GmbH, 1 Berlin 36

In Mannheim kam die Wahrheit ans Licht:

Gefängnisalltag: MORD, TERROR, FOLTERUNG!

In der Mannheimer Haftanstalt werden seit langer Zeit schwere körperliche Mißhandlungen von Aufsichtsbeamten an Gefangenen verübt. So hatte ein Gefangener Brandwunden von ausgedrückten Zigaretten im Gesicht. Andere Häftlinge wurden verprügelt. Daß die Beamten selbst vor Mord an Gefangenen nicht zurückschrecken, beweisen die Ereignisse vom Dezember 73. Der Untersuchungsgefangene Hans-Peter Vast starb an seinen Verletzungen, die ihm Gefängnisbüttel beigebracht hatten. Selbst das offizielle Obduktionsergebnis wies auf "gewaltsamen Tod durch Fremdeinwirkung" (=Mord) hin. Natürlich mußte die Staatsanwaltschaft diesen Mord decken, genauso, wie sie alle anderen Mißhandlungen und Folterungen deckte. Sie versuchte krampfhaft, sich mit der Ausrede zu retten, die Mitgefangenen hätten Hans-Peter ja umgebracht haben können. Die Klassenjustiz zeigt damit wieder einmal ihr wahres Gesicht: ihr "moderner" Strafvollzug - das ist Terror und Folter an den Gefangenen!

Ullrich Luther, seit 5 Jahren Häftling der verschiedensten Strafanstalten, sitzt seit über einem Jahr in totaler Isolierhaft. Auch er befindet sich in dem Mannheimer Gefängnis, wo der Mord an Vast geschah. Im Juli 1973 hatte er mit 150 Mitgefangenen in Bruchsal einen Hungerstreik durchgeführt, um gegen die unmenschlichen Haftbedingungen zu protestieren. Seine Eltern schreiben in einer Presseerklärung: "Er kann sich nicht mehr konzentrieren, nicht einmal ein Buch oder eine Zeitung richtig lesen. Beim Besuch zittert er am ganzen Körper."

Seine eigenen Gesetze und die von ihm unterzeichneten Unmenschlichkeitskonventionen sind dem bürgerlichen Staat zur gegebenen Zeit gerade den Fetzen wert, auf dem sie geschrieben sind. Ullrich Luther hat bisher in unbeugsamem Kampf den entmenslichenden Foltermethoden in den Gefängnissen getrotzt und damit in vorbildlicher Weise den Klassenkampf in die Gefängnisse getragen. Er hat dazu beigetragen, die wirklichen Sachverhalte in den Gefängnissen aufzudecken. Doch nicht nur von innen, auch von außen werden diese Kämpfe der Gefangenen unterstützt. Die ROTE HILFE stand lange mit Ullrich in Briefkontakt, aber als man den "schädlichen" Einfluß bemerkte, wurde auch dies unterbunden. Seine Eltern schreiben: "Warum werfen sie unserem Sohn den Kontakt zur ROTEN HILFE vor? Ist diese Organisation verboten? Wenn nicht, woher nehmen sie das Recht, einem Bürger die Orientierung an dieser Organisation zu verbieten?" Das Bezugsverbot für den ROTEN MORGEN für Ullrich Luther reiht sich lückenlos in das ganze System des Strafvollzugs ein.

Justizminister Bender (Baden-Württemberg) zu den Enthüllungen in Mannheim: "Ich meße den Vorgängen erhebliche Bedeutung bei, ich bedaure aber, daß sie polemisch aufgenommen werden, daß aus diesem Ermittlungsverfahren nun ein Politikum ersten Ranges wird." Wenig später erklärte er, daß natürlich die "Sicherungsmaßnahmen" (Isolationsfolter) derzeit unerlässlich seien.

Selbst die Bild-Zeitung vom 24. 8. 74 kann in ihrem Bericht die Tatsache nicht verschweigen, daß Häftlinge in Mannheim Selbstverstümmelung begehen, um dem Terror der Vollzugsbeamten wenigstens für einige Tage zu entgehen. Allerdings wird hier der Versuch unternommen, die in allen Gefängnissen täglich üblichen Praktiken des "Schluckens" und "Schnibbels" als Auswirkungen einer besonders unwürdigen Behandlungswiese der Häftlinge gerade in Mannheim darzustellen. In Wahrheit aber gibt es in allen Gefängnissen diese "Schlucken" und "Schnibbler", da in allen westdeutschen Gefängnissen die Gefängniswärter sich der gleichen Prak-

tiken bedienen. (Als "Schlucken" werden Gefangene bezeichnet, die Messer, Gabeln usw. runterschlucken, um deswegen ins Krankenhaus zu kommen, als "Schnibbler" solche Gefangene bezeichnet, die sich aus dem gleichen Grund Schnittwunden zufügen.)

Nieder mit dem Zuchthausbau!



Ihr habt eure „Sachverständigen“-Rechnung ohne den Wirt gemacht, ihr Herren! Die Zwingburg, die ihr uns zugebaut, wir reißen sie nieder! Auf den Trümmern errichten wir unseren Sowjetstaat!

Aus ROTE FAHNE, Zentralorgan der KPD, vom 1. Mai 1924

Kürzlich wurde der Gefängnisdirektor von Mannheim ausgetauscht. In widerlicher Weise pries die Bildzeitung die "Aufopferungsbereitschaft" des neuen Gefängnisdirektors und jammerte: Seit Tagen hat er seine Familie nicht gesehen, er schläft auf einer Pritsche im Gefängnis im Zellentrakt. Welch ein Hohn für die Gefangenen! Sie werden ohne Zweifel tief beeindruckt sein, von so viel "Fürsorge"!

Wir dürfen uns nichts vormachen lassen. Die Bourgeoisie zieht jetzt alle Register. Sie versucht die mannheimer Vorfälle als "Einzelfall" hinzustellen, sie versucht das Bild eines Idealisten im Strafvollzug zu zeichnen, der jetzt die Scharte auswetzt, schließlich verhaftet sie ein paar besonders üble Elemente unter den Wärtern, die sie nicht länger decken kann. Aber nichts am Mannheimer Skandal ist Einzelfall! Nichts daran ist ein "besonderer Auswuchs". Gefängnis im Kapitalismus bedeutet immer Unterdrückung, Mißhandlung, Folter bis hin zum Mord.

Auch wenn sich der "moderne" KZ-Strafvollzug gegen alle Gefangenen richtet (soweit es nicht Elemente in bürgerlicher "Ehren"haft sind), wie z.B. der Fall Hans Peter Vast zeigt, so sind doch besonders die revolutionären Gefangenen dem Terror ausgesetzt. Über Jahre hinweg werden sie in Isolationshaft gesteckt, mit dem Ziel, ihre revolutionäre Gesinnung zu brechen, und ihre politische Identität zu vernichten, sie körperlich zu ruinieren bis hin zu ihrer Liquidierung.

Essen: Mord eingeplant

kurz nach den Enthüllungen in Mannheim wurde auch in Essen ein Fall schändlicher Mißhandlung einer Gefangenen bekannt.

Gabriele Kröcher-Tiedemann, die nach einer äußerst fragwürdigen Verurteilung wegen angeblicher Zugehörigkeit zur "Roten Ruhr-Armee" in der Essener Strafanstalt sitzt, wurde von vier Beamten aus ihrer Zelle gezerrt und in eine Strafzelle geprügelt. Sie hatte an einer Protestaktion von etwa 20 weiblichen Gefangenen gegen die Einlieferung eines sechszehnjährigen Mädchens in eine Strafzelle, wo die sechszehnjährige viehisch mißhandelt wurde, teilgenommen. Sechzig Stunden verbrachte die Genossin Gabriele in einem schalldichten Bunker, der neben einer schmutzigen Matratze nur eine stinkende Kloake enthielt. An der Decke war ein Guckloch angebracht, daß die dauernde Beobachtung der Gefangenen ermöglichte. Ihre Beschwerde bezüglich der Kälte wurde prompt "stattgegeben", indem man Heißluft ununterbrochen in den Bunker blies. Ihr einzig möglicher Protest gegen die barbarische Folter war in dieser Situation die Verweigerung der Nahrungsaufnahme. Sie wurde mit dem Entzug des lebensnotwendigen Trinkwassers beantwortet. Während dieser sechzig Stunden kam die Gefangene kein einziges mal aus dem stinkenden Loch an die frische Luft. Sie litt unter unerträglichen Nierenschmerzen und war so geschwächt, daß sie sich kaum mehr aufrecht halten konnte. Diese Folter sollte eins bewirken: Die Genossin sollte wissen: wenn du Widerstand leistest, schrecken wir nicht davor zurück, dich umzubringen.

Diese Foltermethoden, diese eingeplanten Mordversuche, zeigen die zunehmende Verschärfung des Klassenkampfes. Sie zeigen: Die Bourgeoisie hat Angst, große Angst. Deshalb muß sie Stärke vorgeben, Stärke in Form von Terror, Gewalt und Unterdrückung. Schon lange kann der Klassenfeind seine eigenen sogenannten "Rechtsnormen" nicht mehr einhalten, Mehr und mehr geht er dazu über, den Terror gegen politische Gefangene als legitime Methode zu praktizieren. Im Strafvollzug enthüllt sich klar: die bürgerliche Herrschaft bedeutet Reaktion auf der ganzen Linie.

Nur ein kleiner Teil der Ereignisse in den Gefängnissen wird in der Öffentlichkeit bekannt. Doch immer mehr Menschen erkennen: dieser Terror ist nicht punktuell, das sind keine Entgleisungen, das sind keine Zufälle! Das ist ein notwendiges Ergebnis des Systems. Wo immer es möglich ist, wird die ROTE HILFE den Terror in den Gefängnissen vor den Volk anprangern, wird sie die Massensolidarität gegen Henkersknechte und ihre Auftraggeber organisieren.

KAMPF DEM TERROR IN DEN GEFÄNGNISSEN!
SCHLUSS MIT DER ISOLIERHAFTFOLTER!
FREIHEIT FÜR ALLE POLITISCHEN GEFANGENEN!

Fortsetzung von Seite 1

Die Konsequenz, die in jenem Jahr von den Revolutionären aus dem Kampf und seinen Anforderungen gezogen wurde, hat noch heute ihre Gültigkeit für uns:
 UM DER POLITISCHEN UNTERDRÜCKUNG WIRKSAM BEGEGNEN ZU KÖNNEN, UM DEN TERROR ZU BRECHEN, UM DIE OPFER ZU RETTEN BRAUCHEN DIE WERKTÄTIGEN EINE STARKE ORGANISATION ZUR ZUSAMMENFASSUNG UND ORGANISIERUNG DER MASSENSOLIDARITÄT, ZUM KAMPF GEGEN DIE POLITISCHE UNTERDRÜCKUNG BRAUCHEN SIE EINE STARKE ROTE HILFE.

Seit 1922 bestand in Deutschland die Rote Hilfe in Form von losen Komitees und Gruppen in verschiedenen Orten. Am 1. Oktober 1924 wurde die Rote Hilfe als einheitliche, proletarische Massenorganisation auf einer Konferenz in Berlin gegründet. Und ihre Geschichte zeigt eindringlich, welche Kraft eine solche Massenorganisation der Arbeiterklasse und dem werktätigen Volk im Kampf gegen den Polizei- und Justizterror verleiht. Dutzende Leben hat sie gerettet, unzählige Kämpfer durch die Durchsetzung von Amnestien aus dem Gefängnis befreit und ihre Haftqualen verkürzt, viele Millionen Mark brachte sie zur Unterstützung der Opfer der Unterdrückung und ihrer Angehörigen auf. In unermüdlichem Einsatz hatte sie ein Ziel vor Augen und kämpfte sie für eine Sache: Die Befreiung der werktätigen Massen von Ausbeutung und Unterdrückung und die Errichtung des Sozialismus, der Arbeitermacht.

Sie ließ niemals einen Zweifel darüber, daß die Unterdrücker nicht freiwillig die Macht abgeben werden, sondern mit Waffengewalt dazu gezwungen werden müssen. Und sie ließ niemals Zweifel daran, daß sie auf der Seite der revolutionären, gerechten Gewalt stand und diese verteidigte. EINE SOLCHE ROTE HILFE BRAUCHT DAS PROLETARIAT, BENÖTIGEN DIE WERKTÄTIGEN AUCH HEUTE IN WEST-DEUTSCHLAND.



Eine solche ROTE HILFE muß geschaffen werden, wollen wir uns auf den Entscheidungskampf zur Niederringung der Unterdrückerherrschaft rüsten. Auch wenn es heute noch hundert und nicht 7000 politische Gefangene sind, die in den Kerkern des Klassenfeindes stecken: Die Schaffung einer starken, einheitlichen Roten Hilfe ist ein unabwiesbares Gebot.

Ähnlich wie vor der Oktoberkonferenz der RHD 1924 besteht die ROTE HILFE auch in unserem Land noch aus nurmehr lose verbundenen, weitgehend jeweils auf sich gestellten örtlichen Organisationen. Ähnlich wie damals müssen wir auch heute feststellen: Das ist völlig unzureichend! Wir benötigen eine zentralisierte, einheitliche Massenorganisation, die in der Lage ist, große Kräfte zu organisieren und zu mobilisieren und im Kampf zusammenzufassen, eine Organisation in der jeder kampfbereite Werktätige seinen Platz findet und die ihm zeigt, wie er seinen Beitrag zum Freiheitskampf leisten kann. Wir benötigen eine Organisation, die einheitlich kämpft und vorangeht. Jede weitere Zersplitterung der Kräfte kann nur dem Feind helfen, niemals der Arbeiterklasse und den Werktätigen.

Die revolutionären Kräfte in der ROTEN HILFE haben vor einigen Monaten, auf der Bochumer Konferenz den ersten Schritt getan, der unerlässlich für die Schaffung einer starken ROTEN HILFE war: Die Verabschiedung eines revolutionären Aufrufes, der die programmatischen Grundlagen der ROTEN HILFE zusammenfaßte, und die Arbeiter und Werktätigen zum Mitkämpfen in den Reihen der ROTEN HILFE aufrief. Eine sehr große Zahl ist diesem Aufruf gefolgt. Seit dieser Konferenz hat sich die Zahl der Mitglieder der ROTEN HILFE vervielfacht. Doch es ist eine unabwiesbare Notwendigkeit jetzt den nächsten Schritt folgen zu lassen. Denn auch wenn wir Erfolge errungen haben: Unsere Organisation ist noch viel zu schwach. Eine provisorische Leitung, ein Organ und ein revolutionärer Aufruf und der Wille der Roten Helfer ihr Bestes zu geben, das kann uns nicht mehr ausreichen. Was wir dringend benötigen und was wir schaffen werden: eine einheitliche, zentralisierte, gegliederte, starke ROTE HILFE DEUTSCHLAND!

Das ist das Ziel des bevorstehenden Kongresses! Das ist der Schritt, der uns in die Lage versetzen wird, den 50. Gründungstag der ROTEN HILFE DEUTSCHLAND in revolutionärer Weise zu begehen: Nicht als irgendein totes Jubiläum! nicht als Jubelfeier für Vergangenes, sondern der Zukunft, kommenden Kämpfen und Siegen zugewendet.

Die ruhmreiche Tradition der ROTEN HILFE DEUTSCHLAND, ihre unsterblichen Kämpfer und Helden werden wir ehren, indem wir ihr Werk, ihren Kampf, ihre Arbeit wieder aufnehmen und in ihrem Geist daran mitwirken, daß er zum Siegreichen Ende geführt wird: Zur proletarischen Revolution und zum Sozialismus!

Den fünfzigsten Jahrestag der ROTEN HILFE werden wir begehen, indem wir demnächst die ROTE HILFE DEUTSCHLAND gründen!

Deshalb alle Genossen und Freunde der ROTEN HILFE:

Heraus zur Vorbereitung des Gründungskongresses!

Machen wir die Rote Hilfe zu einem unbezwingbaren Bollwerk der Massensolidarität!

Arbeiter, werktätiger Bauer, Angestellter, Student, Hausfrau, Rentner!

Hinein in die Rote Hilfe!

Hoch die ruhmreiche Revolutionäre Tradition der Roten Hilfe!

Vorwärts zur Roten Hilfe Deutschland!

ISOLIERHAFTFOLTER

Sie bleiben kühn!

**Sie fürchten euch nicht,
 Sie sagen es stolz,
 Vergebens euer Mühen,
 Vergebens euer Gericht,
 Sie bleiben kühn!**

**Sie sind Soldaten der Revolution,
 Ihr Wollen ist stark,
 Sie wanken nicht,
 Trotz Kerker, trotz Hohn:
 Sie schreien euch ins Gesicht!**

**Ihr brecht nicht das Feuer,
 Ihr schürt es nur!
 Unser Banner ist rot,
 Unser Banner ist teuer.**

Heraus mit den politischen Gefangenen!



heitsgründen nicht verantwortlich." Soweit aus einem Schreiben des Verwaltungsamtmannes Schenk vom Strafvollzugsamt an das Landgericht Hamburg, Große Strafkammer 7. Schenk beantragt hier mit vor Angst zitternden Fingern die Fortsetzung der Isolationshaft gegen Werner Hoppe, d.h. Besuchsverbot, Postverbot, Einzelzelle, Einzelfreistunde und selbst Sprechverbot.

Werner Hoppe befindet sich seit 3 Jahren in Isolationshaft. Sämtliche Kontakte nach innen und außen werden abgeschnitten. Denn Hoppe blieb auch im Knast ein mutiger Revolutionär, der den Henkern das Fürchten lehrt. Werner setzt sich, wie der Sicherheitsinspektor Baier es angstschlotternd sagt, "nicht nur für sich selbst, sondern auch für andere Gefangene ein." Baier zeigt weiter, wo die Schwächen der Bourgeoisie liegen, "Hoppe könnte auf die Widersprüche aufmerksam machen und dabei könnte es zu Unruhe und Solidaritätsaktionen unter den Gefangenen kommen." Aus Angst vor der Solidarität also mußte Werner Hoppe wie alle anderen politischen Gefangenen von Anfang an isoliert werden. Aber selbst 3 Jahre Isolationshaft, Inspektor Baier muß zugeben, daß sonst "nur" 2 bis 3 Monate Isolation angewendet werden, konnten Werners Kampfesgeschlossenheit nicht brechen. Deshalb muß Hoppe weiterhin in Isolationshaft bleiben und das, obwohl Inspektor Baier

genauso wie das Landgericht Hamburg über die zerstörende Wirkung einer so langen Isolation genau unterrichtet sind. Der Kämpfer Werner Hoppe soll jetzt also, nachdem die Bourgeoisie seine Kampfmoral trotz jahrelanger Isolationsfolter nicht brechen konnte, kaltblütig ermordet werden.

Welch hündische Angst habt ihr Bourgeois Herren und ihr Henkersknechte von Polizei- und Klassenjustiz doch vor der Solidarität der Ausgebeuteten und Unterdrückten. Und wir versprechen euch, diese Angst und Unruhe wird euch niemals mehr verlassen. Im Gegenteil, sie wird euch verfolgen bis in eure stärksten Festungen und bis an euer Ende. Ihr wendet immer offeneren faschistischen Terror an gegen das kämpfende Volk in der Hoffnung Eure verfaulte, stinkende Ausbeuterherrschaft doch noch aufrechtzuerhalten. Aber wir sagen Euch, wie sehr ihr euch auch bemühen mögt, wie sehr ihr auch Euren lieben Gott anrufen mögt: Verrat, Folter und Mord, nichts kann Euch mehr retten. Je brutaler euer Terror, desto stärker unsere Solidarität, desto entschlossener unser Wille, euch Henkerspack endlich und ein für allemal mit Waffengewalt davonzujagen.

**Freiheit für alle politischen Gefangenen
 Freiheit für die Genossen der RAF**

"Die Fortdauer der mit vorbezeichnetem Schreiben bis zum 19. 10. 73 limitierten Sicherungsmaßnahmen (Ziff. 2 und 3 des Beschlusses vom 5. 9. 73) wird für erforderlich gehalten. ... Da bei der Uneinsichtigkeit des Gefangenen Hoppe und seinen immer wieder unternommenen Versuchen, die Freistunde zu unzulässigen Sprechverbindungen mit anderen Insassen zu mißbrauchen, nicht ausgeschlossen werden kann, Daß es dabei zu Unruhe und Solidaritätsaktionen kommt, erscheint auch die Aufhebung der Einzelfreistunde aus Sicher-

KORRESPONDENZ

Seit längerer Zeit steht die Rote Hilfe mit Genossen Kay Allnach in Verbindung, der in Fuhlsbüttel im Knast sitzt. Er wurde bei dem Überfall des Mordeinsatzkommandos (MEK) der Polizei auf Genossen der RAF im Februar dieses Jahres verhaftet und befindet sich seitdem in Isolationshaft.

In einem ersten Brief des Genossen waren einige unsolidarische Ausfälle gegen die Rote Hilfe enthalten gewesen, die von der Roten Hilfe kritisiert wurden. Hierauf bezieht sich der Genosse, wenn er in seinem Brief schreibt, es sei Zeit geworden, daß er vom hohen Roß runterkommt.

Von Anfang des Kontaktes an hat eine politische Diskussion mit dem Genossen stattgefunden, soweit die Umstände das erlauben. Zentraler Punkt war zunächst die Frage, ob die Rote Hilfe der Linie "Freiheit für alle Gefangenen" folgen und dementsprechend kriminelle Gefangene genauso unterstützen soll wie politische Gefangene. Die Genossen, mit denen Kay Kontakt hat, erläuterten ihm in ihren Briefen unseren Standpunkt zu dieser Frage, dem sich der Genosse, wie er schreibt, inzwischen angeschlossen hat. Zur Zeit wird die Diskussion vor allem um die richtige Form der bewaffneten Machtergreifung geführt, wie den nachstehenden Briefauszügen zu entnehmen ist.

Kay Allnach schreibt:

" KZ Fuhlsbüttel, den 8. 8. 74

Liebe Bärbel,

Ich habe deinen Brief vom 19. 6. schon Anfang Juli erhalten und ihn bereits zweimal beantwortet. Beide Briefe von mir an euch sind vom Gericht zurückgehalten worden mit der Begründung, ich würde in ihnen für eine kriminelle Vereinigung werben und diese fördern. Das bezieht sich jeweils auf meine ausführlichen Stellungnahmen zu deiner Kritik.

So bleibt mir jetzt nichts anderes übrig, als dir zu sagen, daß deine Kritik gerechtfertigt und richtig war, ich ein elitäres Schwein geblieben war. Es wurde Zeit, daß ich vom hohen Gaul runtergekommen bin. Deine Einschätzung bezüglich politische/kriminelle Gefangene ist richtig. Ich werde jetzt in diesem Brief mal nicht mehr schreiben, denn ich will, daß er dich erreicht, damit du endlich weißt, was los ist. Ich werde in den nächsten Tagen nochmal einen ausführlichen Brief schreiben und versuchen, die Position der KPD/ML zu kritisieren. Schreibe mir bitte, ob dich dieser Brief erreicht hat, und dann schreibe mir doch mal, wie du selbst die Linie der KPD/ML einschätzt. Du hast ja geschrieben, du seist nicht in der Partei. Richtig ist auf alle Fälle, mit der KPD/ML auf Bündnisebene zusammenzuarbeiten.

Ich habe die Rote Hilfe Zeitung Nr. 24 gelesen, hat Spaß gemacht. Es sind in den letzten sechs Wochen alle Briefe von mir nach draußen angehalten worden! Besuchen geht wohl sowieso nicht, weil sie nur "nächsten Verwandten" - das sind meine Eltern - Besucherlaubnis erteilen. Die besuchen mich aber nicht, weil ich es nicht will.

In einem anderen Brief schreibt Kay:

"Ich habe jetzt mal die Rote Hilfe Zeitung Nr. 24 gelesen, insbesondere der Artikel "Solidarität mit der RAF". Ich glaube, der Punkt, an dem es Widersprüche zwischen uns gibt, ist der, ob es richtig ist, den bewaffneten Kampf jetzt aufzunehmen. Ich halte es für einen Fehler, mit dem bewaffneten Widerstand warten zu wollen, bis alle Bedingungen für die Revolution vorhanden sind. Denn erstens

können und müssen wir diese Bedingungen selbst schaffen, indem wir die Widersprüche des Systems verschärfen. Das setzt auch voraus, eine Propagandaarbeit unter den Massen. Aber bewaffnete, antiimperialistische Aktionen müssen der Kristallisationspunkt dieser Propagandaarbeit sein, denn sie zeigen den Weg, den



das Volk zu gehen hat: den des Volkskrieges. Außerdem wird es zu spät sein, an die Frage der Bewaffnung und der Organisierung einer Volksarmee heranzugehen, wenn eine revolutionäre Situation da ist. Wir können sie dann nicht nutzen, wenn zu dem Zeitpunkt nicht schon Kader bereitstehen, die Erfahrung im bewaffneten Kampf haben und die ihn leiten können."

Rote Grüße an dich und alle Genossen

Venceremos!

SPENDENLISTE

Spenden zur Unterstützung der Familie des ermordeten

Genossen Günter Routhier

SPENDEN ZUR UNTERSTÜTZUNG DER FAMILIE DES ERMORDETEN GENOSSEN GÜNTER ROUTHIER

RH Bochum	1134, 50
RH Hamburg	200, -
RH Dortmund	323, 50
RH Marburg	100, -
RH München	86, -
RH Gießen	160, -
RH Böblingen/Sindelfingen	152, -
RH Kiel	722, -
RH Recklinghausen	76, 75
RH Münster	45, 70
Leserkreis der RH Kiel	36, -
Roter Morgen Leserkreis Mainz	53, 36
Vietnamausschuß Moabit der Liga gegen den Imperialismus	39, 10
Veranstaltung zur nationalen Frage, Münster	100, -
Deutscher Freidenkerverband,	
Ortsgruppe Münster	25, -
Genossen von Ostram, Westberlin	361, -
A. L., Bremen	50, -
Solidaritätskomitee Siegen	56, 06
Fachschaftsinitiative Medizin am Klinikum Essen - Spendenerlös aus dem Verkauf der "Dokumentation zum Fall Routhier"	371, -
Wn., Duisburg	50, -
Unbekannt aus Kempton	100, -

SUMME: 4241,73 DM

Die restliche Spendenliste wird in der Roten Hilfe 27 veröffentlicht.

DER ANGEKLAGTE GENOSSE FÜHRT DEN PROZESS!

Am 14. 8. fand vor dem Dortmunder Amtsgericht ein Prozeß gegen den Genossen Wolfgang Bartels statt. Er wurde wegen "Verunglimpfung der Bundesrepublik, Beleidigung der Bundeswehr und Beleidigung eines Gewerkschaftssekretärs" vor Gericht gestellt. Vorher waren Strafbefehle über insgesamt DM 1. 800 gegen ihn ergangen.

Das Gericht glaubte, leichtes Spiel zu haben, weil der Genosse ohne Rechtsanwalt erschienen war. Aber es hatte sich gewaltig getäuscht.

Als der Richter versuchte, Lügen über die "Rechte" zu verbreiten, die der "Angeklagte" in einem solchen Verfahren haben soll, entlarvte Genosse Wolfgang dies und zeigte auf, daß das bürgerliche Gericht sich nicht scheut, nach Belieben die eige-

nen Gesetze zu brechen, wenn es ihm notwendig erscheint. Als der Genosse die Machenschaften entlarvte und sich das Rede-recht nahm, wurde ihm dauernd angedroht, er würde aus dem Saal geworfen und man wolle ohne ihn verhandeln. Als das aber auch nichts nutzte, ließ der Richter 30 Mann Polizei auffahren. Als der Genosse fragte, was das solle, erklärte der Richter: "Ich kann doch den Angeklagten nicht alleine aus dem Saal schaffen."

Insgesamt erlitt das Gericht Niederlage auf Niederlage, der Staatsanwalt geriet in ungeheure Wut. Er verlangte eine Verurteilung des Genossen zu 6 Monaten Gefängnis auf Bewährung. Das Urteil lautete dann auf 1. 300 DM Geldstrafe.

Am nächsten Tag erschien ein wütender Hetzartikel in der West-

fälischen Allgemeinen. Sie spuckte Gift und Galle, weil dem Richter die Verhandlungsführung aus der Hand genommen worden sei, er sich nicht durchsetzen konnte, usw. und forderte lauthals größeren Justizterror.

Dieser Prozeß hat deutlich gezeigt: ob ein politischer Prozeß erfolgreich geführt wird oder nicht, hängt nicht in erster Linie vom Anwalt, sondern von dem Genossen ab, der den Prozeß zu führen hat. Er hat auch gezeigt, wie wichtig und notwendig es ist, daß der "Angeklagte" sich auch mit den bürgerlichen Gesetzen auskennt, nach denen gegen ihn vorgegangen werden soll, und sie entlarven und gleichzeitig so gut es geht für sich ausnutzen soll.

KAMPF DEN POLITISCHEN ENTLASSUNGEN UND GEWERKSCHAFTEN

BERUFSVERBOTE: Wer eine gerechte Sache vertritt wird grosse Unterstützung finden!

An den Schulen gärt es. In vielen Städten finden Streiks von Eltern und Schülern gegen Lehrermangel und Schulraumnot, überfüllte Klassen und schlechte Ausbildung statt. In Hamburg verlassen über 20% der Hauptschüler ohne Abschluß die Schulen. Jeder 4. Schulabgänger findet keine Lehrstelle.

Wachsende Empörung herrscht auch unter den Lehrern. Mehr und mehr Lehrer sehen sich als die Verbündeten der proletarischen und werktätigen Eltern. Sie werden offen rebellisch.

Immer mehr Lehrer bemühen sich, die Schüler im Sinne der Arbeiterklasse zu erziehen. Sie weigern sich, den Kindern die Lügen über das Leben der Arbeiter, zu denen die Lehrpläne sie verpflichten, aufzutischen. Sie berichten vom Klassenkampf. Sie berichten über die sozialistischen Länder China und Albanien. Sie wecken in den Kindern Begeisterung über den gerechten Kampf der Völker. Dadurch ist die bürgerliche Klassenschule in eine tiefe Krise geraten. In dem vergeblichen Versuch, die Schule zu einer ruhigen Insel im Klassenkampf zu machen, greift die Bourgeoisie zu offener Unterdrückung. Der Hamburger Schulrat Neckel z. B. verlangt von den Referendaren, daß sie im Unterricht nicht mehr solche Worte wie Arbeiterklasse und Klassenkampf verwenden.

Vor allem jedoch werden unter den Lehrern die Revolutionä-

re politisch unterdrückt. In sogenannten Anhörungs- oder Disziplinarverfahren versucht man sie zur Abkehr von ihren revolutionären Ideen zu zwingen. Ein Lehrer genosse berichtet: "Ich sollte für alles Abbitte leisten und reaktionäre Erklärungen abgeben. Ich sollte mich bereit erklären, die Polizei auf streikende Schüler zu hetzen, dann hätten sie mich eingestellt. Mit den "normalen" Eiden geben sie sich nicht zufrieden. Sie fordern die bewußte und aktive Unterwerfung unter ihre konterrevolutionäre Politik." Wie dieser Genosse weisen auch zig andere Lehrer mutig solche schmutzigen Erpressungsversuche zurück und stehen zu ihrer Sache. Oft bleibt dann der Schulbehörde als letzte Zuflucht nur, die Lehrer auf die Straße zu setzen, sie mit Berufsverbot zu belegen. Gerade in den letzten Monaten gab es eine Welle solcher Berufsverbote.

Dieser Meinungsterror zeigt klar die Verlogenheit der demokratischen Fassade der Bourgeoisie. In ihrer Angst zeigen sie uns aber auch, daß Volksfeindlichkeit und Knechtsge-sinnung die Grundlage ihres Erziehungssystems sind.

Hier nur einige Beispiele der letzten Monate:

Brigitte L. und Wolfgang B. werden in Hamburg nach ihrem 1. Staatsexamen auf Grund ihrer Tätigkeit für den "K" BW nicht in das Referendariat übernommen.

Ursula S. aus Hamburg wird nach dem Abschluß ihres 1. Staatsexamens von einem Berufs- und Ausbildungsverbot

bedroht wegen ihrer angeblichen Mitgliedschaft in der KPD/ML in den Jahren 1970 bis 72.

Wolfgang B., Presseverantwortlicher für Flugblätter der KPD/ML in Dortmund und wegen seines Kampfes gegen die Faschisten am Haus Voß zu vier Monaten Gefängnis verurteilt, wird wegen "ungeeigneter Gesamtpersönlichkeit" gar nicht erst zum 1. Staatsexamen zugelassen.

Beate K., Lehrerin in Duisburg soll gefeuert werden, weil sie die Wahrheit über den Polizeimord an Günter Routhier verbreitete.

Das Reutlinger Lehrerehepaar Horst und Renate G. wird vor der Entlassung bedroht, weil es an der Beerdigung des Genossen Routhier teilgenommen hat.

Die D"K"P-Revisionisten fallen dem Kampf der Schüler und Lehrer offen in den Rücken. Auf einer Vollversammlung der Lehrerstudenten in Hamburg erklärten sie, daß sie keine Solidarität mit "Verfassungsfeinden" üben würden. Und Assmussen, ein Bürgerschaftskandidat der D"K"P meinte auf einer Wahlversammlung: "Natürlich werde die D"K"P in der Bürgerschaft die Feinde der Grundordnung bekämpfen." Die D"K"P-Revisionisten sind Feinde des revolutionären Schulkampfes.

Dort, wo die Lehrer nicht zurückgewichen sind, sondern zusammen mit ihren revolutionären Organisationen mutig den Kampf gegen das Berufsverbot aufgenommen haben, sind große Erfolge erzielt worden. Wir berichten von einem Fall:

„WUNDER HAT HÖLLISCHE ANGST!“

Der Lehrersympathisant der KPD/ML Dieter K. wurde aus der Schule gefeuert und mit Hausverbot belegt, weil er nicht Gewähr bietet, Tag und Nacht für die "freiheitlich-demokratische Grundordnung" einzutreten. Ihm wird nämlich vorgeworfen, während der Hamburger Bürgerschaftswahl Plakate für die KPD/ML im Hafen geklebt zu haben. Einen solchen Anlaß suchte die Schulbehörde schon lange, denn Dieter hatte ihnen viel Ärger bereitet. Seine Schule liegt in einem reinen Arbeiterviertel. Es ist eine Gesamtschule. Dieter K. hat seinen Lehrerkollegen, den Schülern und Eltern immer wieder gezeigt, daß die Gesamtschule nichts anderes ist als alter Wein in neuen Schläuchen.

Dieter K. und besonders seine Schüler haben sich den Rauschmiß nicht gefallen lassen. Dieter K. erklärte den Schülern, daß er entlassen werden soll, weil er für den Arbeiterstaat kämpft. Er erzählte ihnen von Albanien. Die Schüler waren begeistert. In ihrem ersten Flugblatt hieß es deshalb "Dieter K. muß Lehrer bleiben, weil wir für ein besseres Deutschland sind."

Schulleiter Wunder - gleichzeitig GEW-Vorsitzender, kam ins Rotieren. Er riß die von den Schülern aufgehängten Plakate in der Schule ab - die Schüler griffen deshalb zu Pinsel und Farbe und beschrieben die Schulwände. Er entriß einem Schüler einen Paken Flugblätter - die Schüler bildeten Sprechchöre und forderten die Herausgabe der Flugblätter. Als er nicht da war, hielten sie die Flugblätter aus seinem Büro. Innerhalb eines Tages wurden fast 300 Unterschriften an der Schule gesammelt. Wunder hatte solche "höllische Angst", daß er jeden Schüler, der sich an den Aktionen beteiligte, mit Briefen an die Eltern und Rauschmiß bedrohte.

Daraufhin machten die Schüler ein zweites Flugblatt in dem sie schrieben, daß die Kapitalistenklasse davongejagt und ein Arbeiterstaat aufgebaut werden muß. Und daß Wunder davor Angst hat, "Höllische Angst".

Gegen Dieter K. wurde ein Hausverbot verhängt. Er ging trotzdem in die Schule und diskutierte auf dem Schulhof mit ungefähr 700 Schülern. Auch als die Pause längst zuende

war, diskutierte er immer noch. Wunder kam mit der Polizei, mußte aber unverrichteter Dinge wieder abziehen: 700 Schüler schützten ihren Lehrer!

Auch im Stadtteil wurde gegen den Rauschmiß gekämpft. Die Schüler sammelten Unterschriften, verteilten Flugblätter und machten eine Demonstration mit ihrem Lehrer.

Der Kampf um die Wiedereinstellung des kommunistischen Lehrers Dieter K. geht weiter. Aber schon jetzt steht fest: Der Stein, den die Bourgeoisie erhoben hat, ist ihr auf die eigenen Füße gefallen. Die Schüler haben wichtige Kampferfahrungen gemacht. Sie haben die Angst und Schwäche der Bourgeoisie und ihre eigene Kraft gesehen. Sie haben gesehen, daß die Polizei kommt, wenn jemand für den Arbeiterstaat kämpft. Einige wollen als aktive Revolutionäre für den Arbeiterstaat kämpfen. So wurden neue Kräfte für die Revolution gewonnen, die Unterdrückungsmaßnahme der Bourgeoisie schuf ihr neue Feinde und erweiterte unsere Reihen.

KAMPF DEN BERUFSVERBOTEN FÜR REVOLUTIONÄRE UND FORTSCHRITTLICHE LEHRER!



HAFTSAUSSCHLÜSSEN!

ARBEITSGERICHE – UNTERDRÜCKUNGSM INSTRUMENTE DER BOURGEOISIE!

Am 6. August fand in Dortmund eine Verhandlung über die Klage des Hoesch-Arbeiters Genosse Reimer S. gegen Hoesch statt. Der Genosse war auf Betreiben des Betriebsrates, insbesondere des D"K" P Betriebsrates Wetzel entlassen worden. In der Verhandlung weigerte sich das Gericht, irgendeine Beweisaufnahme zuzulassen. Es wurde behauptet, seine Kollegen wollten nicht mehr mit Genossen Reimer zusammenarbeiten. Als er Zeugen dazu verlangte, wurden diese Anträge, genau wie alle anderen, überhaupt nicht behandelt. Ohne überhaupt irgendwelche Beweise erhoben zu haben, wurde eine Stellungnahme der Hoesch-Hüttenwerke zugrundegelegt und die Entlassung bestätigt. Ganz ähnlich verlief die Verhandlung gegen Hanfried Brenner, in deren Verlauf Genosse Routhier erschlagen wurde. An diesen Praktiken zeigt sich deutlich, was von der "Neutralität" der Arbeitsgerichte zu halten ist: Sie sind nichts anderes, als ein Instrument zur Unterdrückung der Arbeiterklasse, und jeder, der wie die D"K" P Kollegen zum Arbeitsgericht schickt, damit sie dort "Recht" finden sollen, betrügt die Arbeiter und liefert sie der Willkür der Kapitalistenklasse aus.

Arbeitsrichter holt Polizei

Am 21. 7. fand der Arbeitsgerichtsprozeß von Inge H. gegen die Beiersdorf-Kapitalisten statt. Inge war gekündigt worden, weil sie - so die Begründung - das Vertrauensverhältnis durch ihre kommunistischen Auffassungen gestört habe. Sie hatte im Kampf gegen eine 1. Entlassung Flugblätter der KPD/ML vor den Toren von Beiersdorf verteilt. Darin hieß es: "Die Kapitalisten und ihr Staat werden es nicht verhindern können, daß die Arbeiterklasse sie eines Tages in der sozialistischen Revolution dahin befördert, wohin sie schon längst gehören: auf den Misthaufen der Geschichte."

Die Begründung dieser Kündigung kommt einem generellen Arbeitsverbot für Kommunisten gleich. Im bürgerlichen Arbeitsrecht ist das sogenannte Vertrauen Grundlage jeden Arbeitsverhältnisses. Da Kommunisten aber den Kapitalisten nicht vertrauen, sondern sie hassen und bekämpfen, könnten sie nirgends mehr Arbeit finden.

Beim Prozeß stellte der Verteidiger den Antrag, die im Saal anwesenden bewaffneten Zivilbulen zu entfernen und einen schon in Bereitschaft stehenden Mannschaftswagen abzuholen. Der Richter lehnte das ab mit der Begründung, es seien Flugblätter verteilt worden, die zum Prozeß aufrufen.

Der Prozeß wurde unterbrochen, weil Inge einen Befangenenantrag stellte. Sie begründete diesen damit, daß der Richter, wie der Mord an Günter Routhier beweist, durch den Einsatz der Bullen bewußt Mord miteinkalkuliert. Das beweist wieder einmal, daß auch die Arbeitsgerichte, das gesamte Arbeitsrecht seine "Autorität" nur aus der bewaffneten Macht bezieht. Denn der Schwindel, daß die Arbeitsgerichte, in denen ein DGB-Vertreter mitbestimmt, Gerichte sind, wo die Arbeiter Recht finden können und

Schutz vor den Kapitalisten, wird immer mehr durchschaut. So müssen auch die Arbeitsgerichte sich immer mehr auf die "Autorität" der Polizeiknüttel stützen.

KAMPF DER BÜRGERLICHEN KLASSENJUSTIZ!
KAMPF DEM POLIZEITERROR IN DEN RICHTERSÄALEN!
SOFORTIGE WIEDEREINSETZUNG VON INGE HUMBURG!

ANZEIGE

rote hilfe

UNTERDRÜCKTE VON HEUTE -



SIEGER VON MORGEN!

Auf 96 Seiten faßt diese Broschüre Schriften der RHD aus den Jahren 1924 bis 32 zusammen.

Bestellungen an: M. Banos
46 Dortmund
Kesselstr. 31

Preis: 2,50 DM

« Rote » Hilfe e.V.:

**Sag mir was du tust
und ich sag dir wer du bist!**

Daß die "Rote Hilfe e.V." auf der opportunistischen Grundlinie der Gruppe ROTE FAHNE seit ihrem Auftauchen Verwirrung in allen Fragen der Rote-Hilfe-Arbeit stiftet und die revolutionäre Front spaltet, ist wiederholt aufgezeigt und kritisiert worden. An folgendem Beispiel wird deutlich, wie schmal der Grat zwischen kleinbürgerlichem Opportunismus und revisionistischem Verrat ist: Durch eine gewisse Lotte Müller, 8 München 70, Bodennährstr. 10, wurde die "e.V." beim Amt für öffentliche Ordnung, München, vorstellig, und hinterlegte ein Dokument, daß unter dem Namen "Rote Hilfe" ausschließlich Frau Lotte Müller berechtigt sei, öffentliche Aktivitäten anzumelden. Kein Zweifel: Die grundgesetzkonforme "Defensivorganisation" "Rote Hilfe e.V." paktiert mit dem bürgerlichen Staatsappa-

rat, mit dem Klassenfeind im Kampf gegen die revolutionäre Rote Hilfe, und unterstützt so den Kampf um die Illegalisierung der ROTEN HILFE.

(Allerdings ist es falsch, wenn wir in RH 25 schreiben, daß dieser Sumpf als "Sozialfaschismus" bezeichnet werden kann. Tatsächlich führt der Sumpf schließlich dorthin, aber gegenwärtig kann die "e.V." bzw. die Gruppe ROTE FAHNE nicht wie die D"K" P als sozialfaschistisch bezeichnet werden.)

Diese Ungeheuerlichkeit ist die konsequente Fortsetzung der revisionistischen Auffassung, der imperialistische Staat sei eine klassenneutrale Demokratie, insofern er nicht gerade als Ausnahmefall knüppelschwingend und mit der Knarre in der Hand daherkommt. So jammert ein "Untersuchungsausschuß zum Mord an Günter Routhier", "dieses Grundgesetz wäre nicht mehr als ein Fetzen Papier wert ... wenn es in Zukunft jedem einzelnen Polizeibeamten überlassen bleibt, Organisationen oder Parteien als verfassungsfeindlich darzustellen und deren Mitglieder bei freier Meinungsäußerung (nach Artikel 5 des Grundgesetzes das Recht eines jeden Bürgers) einfach totzuschlagen kann...!" Begründung: "weil dafür immerhin das Bundesverfassungsamt zuständig ist"! Wer steckt hinter diesem seltsamen "Untersuchungsausschuß"? Niemand anderes als die "Rote Hilfe e.V.", die Gruppe ROTE FAHNE, die Agentur ELC (European Labour Committees, eine plötzlich "vom Himmel gefallene" Agententruppe, die u.a. in Hannover das Parteibüro der KPD/ML überfallen hat), sowie ein Herr namens Ackermann, dessen Namen in der revolutionären Bewegung derart verrufen ist, daß er sein antikommunistisches Machwerk "Wir gehen nach vorn!" unter Pseudonym veröffentlichte, weiter ein paar Trotzkitzen. Sage mir wer deine Freunde sind und ich sage dir wer du bist!

Was ist nun das tiefeschürfende Ergebnis der "Untersuchungen" dieses bunten antikommunistischen Häufleins? "Wir, der Untersuchungsausschuß, das möchten wir hiermit klar feststellen, sind weder von der KPD/ML beauftragt, noch sympathisieren wir mit ihr. Wir meinen aber, daß dies vollkommen unerheblich ist. Jeder Demokrat in diesem Staat muß sich gegen Methoden wenden, die einen Abbau der demokratischen Rechte beinhalten". Der Mord am Genossen Routhier "beinhaltet" "einen Abbau der demokratischen Rechte": Das ist der "Kampf" der "Roten Hilfe e.V."!

EIN SCHLECHTER SCHERZ

In einer langwierigen Stellungnahme der "Kommunistischen Volkszeitung" des "K" BW (Ortsbeilage Kiel) versucht ein gewisser P. D. nachzuweisen, daß erstens ROTE HILFE und KPD/ML ein und dasselbe seien und daß zweitens Rote-Hilfe-Arbeit überhaupt überflüssig sei. Zum ersten Punkt braucht nichts gesagt zu werden, da die Grundprinzipien der Überparteilichkeit der ROTEN HILFE als proletarischer Massenorganisation bekannt sind. Der zweite Punkt muß Aufmerksamkeit erregen, denn der "K" BW weiß auch, wer die Aufgaben der ROTEN HILFE zu erfüllen hat: "Die Gewerkschaften"! Der DGB-Apparat, dieser Bestandteil des imperialistischen Staates, gegen den sich unmittelbar unser Kampf gegen politische Entlassungen richtet, dieser DBG als Sachwalter der proletarischen Solidarität! Ein schlechter Scherz!

Hände weg von der ROTEN HILFE!

Verschärfter Polizei- und Justizterror gegen die Rote Hilfe
HÄNDE WEG VON DER ROTEN HILFE!

In den letzten Wochen setzten verstärkte Verfolgungsmaßnahmen gegen die Rote Hilfe ein. Die Rote Hilfe half mit, die Wahrheit über den faschistischen Polizeimord an Günter Routhier zu verbreiten. Wir leisteten wirksame solidarische Hilfe für die Familie unseres ermordeten Genossen. Wir gewannen an Kraft und Stärke. Auch die Lakaien des Unterdrückerstaats sahen das. Sie ahnen, welche gewaltige revolutionäre Kraft in der Roten Hilfe heranwächst. Deswegen verstärken sie ihre Verbotsvorbereitungen.

- In Lübeck wird ein Flugblatt der Roten Hilfe zum Polizeiüberfall auf den Trauerzug zu Ehren Günter Routhiers beschlagnahmt. In dem Beschluß dazu heißt es, die Rote Hilfe würde im Widerspruch zu dem gerichtsbekanntem Obduktionsbefund von einem "Polizeimord" sprechen. Das sei eine "Beleidigung" und "Verächtlichmachung" der BRD. Die Beschlagnahme beziehe sich auch auf alle Flugblätter "entsprechenden gedanklichen Inhalts". Jedoch gerade die Anprangerung des Polizei- und Justizterrors ist eine große Aufgabe der Roten Hilfe. Wir werden also ständig Flugblätter dieses Inhalts herausgeben. Ihre Beschlagnahmung ist "vorbeugend" zugelassen. In der praktischen Konsequenz heißt das: Verbot der revolutionären Roten Hilfe-Agitation

und -Propaganda.

- In Münster wird ein Flugblattverteiler der Roten Hilfe verhaftet. Nachdem man ihn im Polizeirevier beschimpft und bedroht hatte, "Euch rote Schweine müßte man alle umbringen!", wurde revolutionäre Literatur, die er bei sich trug, und ein einzelnes Flugblatt, das er vom Verteilen zurückbehalten hatte, beschlagnahmt. Dieses Flugblatt der Roten Hilfe entlarvte die infamen Lügen und die Hetze der bürgerlichen Zeitungen, die die gerechten Schläge, die ein Provokateur und Spitzel auf einer Demonstration der KPD/ML einstecken mußte, in einen "Mordversuch an einem Polizeibeamten" verdrehten. Sie behaupteten, damit habe die KPD/ML Rache für den Mord an Günter Routhier genommen. Die Entlarvung dieser Lügen beantwortet die Bourgeoisie mit einem Verfahren gegen den verhafteten Genossen wegen "Volksverhetzung".

- In München wird die Rote Hilfe-Zeitung 25 ohne Beschlagnahmebescheid beschlagnahmt. Bei dieser "Gelegenheit" nahmen die Bullen auch noch die Broschüre der Roten Hilfe Dortmund zum Polizeiterror beim Breschnew-Besuch mit.

- In Dortmund ermittelt der aus dem Schulte/Osswald-

Prozess bekannte Kommunistenhasser Staatsanwalt Morré gegen den presserechtlich Verantwortlichen der Rote Hilfe-Zeitung, Genossen Michael Banos, wegen "Beleidigung" der BRD und "öffentlicher Beleidigung". (s. Dokument)

Nachdem die Versuche, die KPD/ML im Schulte/Osswald-Prozess als kriminelle Vereinigung zu verbieten am gemeinsamen, entschlossenen Kampf der KPD/ML, der ROTEN HILFE und anderer revolutionärer Organisationen kläglich gescheitert sind, versucht Staatsanwalt Morré jetzt bei der ROTEN HILFE sein Glück.

Aber die ROTEN HILFE läßt sich nicht verbieten. Die Arbeiterklasse und die Werktätigen schaffen sich im Kampf gegen den faschistischen Terror ihre ROTEN HILFE. Wenn die Bourgeoisie es wagt, die ROTEN HILFE zu verbieten: Wir machen weiter. Egal, ob unter legalen, halblegalen oder illegalen Bedingungen. Die ROTEN HILFE wird an ihrem revolutionären Programm festhalten. Die ROTEN HILFE wird ihre Aufgaben im Klassenkampf erfüllen. Sie wird nicht nur weiterkämpfen. Sie wird stärker werden, denn dieses System ist so verrottet, daß immer mehr Menschen im Sozialismus ihren Ausweg erkennen und sich zu einer mächtigen Kraft im Kampf gegen die politische Unterdrückung zusammenschließen.

Staatsanwaltschaft Dortmund

Geschäfts-Nr.: 31 Js 486/74
Ritte bei allen Schreiben angeben!

46 Dortmund, den 8.8.1974
Sauerländer Straße 3-9
Fernruf 22 75 91
Fernschreiber 08 22 451
Postfach

- 2 -

Herrn

Michael Banos

46 Dortmund
Kesselstrasse 31

Betrifft: Ermittlungsverfahren gegen Sie wegen Verdachts der Beschimpfung der Bundesrepublik Deutschland und der öffentlichen Beleidigung;
hier: rechtliches Gehör.

Sehr geehrter Herr Banos!

Ich führe gegenwärtig gegen Sie ein Ermittlungsverfahren wegen Verdachts der Beschimpfung der Bundesrepublik Deutschland in Tateinheit mit öffentlicher Beleidigung - Vergehen, strafbar nach §§ 90a Abs. 1 Nr. 1, 185, 200, 73 StGB -. Dem Verfahren liegt folgender Sachverhalt zugrunde:

Sie sind ausweislich des Impressums presserechtlich Verantwortlich für den Inhalt eines in Dortmund erschienenen und u.a. in Hamburg am 22.6.1974 verbreiteten Flugblattes "Rote Hilfe - Polizeimord am Duisburger Arbeiter Günter Routhier!". In dem Druckwerk heißt es aus Anlass der polizeilichen Räumung eines Saales des Arbeitsgerichts in Duisburg und des Todes des Günter Routhier dort u.a. wie folgt:

"... Polizeimord am Duisburger Arbeiter Günter Routhier!
... prügelte die Polizei den Mann bewusst in den Tod,
so vollendeten gewissenlose Mediziner ... das Werk..

Das, was die staatlichen Prükelschwinger einleiteten und die Herren Mediziner vollendeten, war kaltblütiger planvoller Mord! Wir werden den Polizeimord an Günter Routhier rächen!
Das war kein bedauerlicher Einzelfall. Das waren keine besonders bössartigen Polizisten. Die Planer, das sind die Kapitalisten, ausgeführt wird es von ihrer Polizei...
Das war das, was die Bourgeoisie jedesmal in Kauf nimmt, wenn sie ihren Terrorapparat gegen Revolutionäre und fortschrittliche Menschen einsetzt, die um ihre Rechte, um die Beseitigung der Unterdrückerherrschaft kämpfen.
Menschenleben - sie zählen für die herrschende Klasse nichts. Sie werden ausradiert. Das war bei Hitler so, das wird heute mehr und mehr vom SPD/FDP regierten Staat Brauch...
... Nieder mit dem faschistischen Terror des Staates! Nieder mit dem Polizeiterror!...

Soweit durch die vorstehenden Ausführungen die Polizei in Duisburg beleidigt worden ist, hat der Polizeipräsident in Duisburg als Dienstvorgesetzter am 6. August 1974 Strafantrag gestellt.

Ich gebe Ihnen hiermit Gelegenheit, sich zu dem erhobenen Vorwurf schriftlich zu äußern. Dabei weise ich Sie darauf hin, dass es Ihnen nach dem Gesetz freisteht, sich zu der Beschuldigung zu äußern oder nicht zur Sache auszusagen und jederzeit, auch schon vor Ihrer schriftlichen Äußerung, einen von Ihnen zu wählenden Verteidiger zu befragen.

Sollte von Ihnen eine schriftliche Äußerung bis zum 16.8.1974 nicht eingegangen sein, gehe ich davon aus, dass Sie von Ihrem Recht Gebrauch machen, zur Sache nicht auszusagen, und werde das Verfahren nach Aktenlage abschließen.

Hochachtungsvoll

(Dr. Morré)
Erster Staatsanwalt

FREISPRUCH FÜR DIE KÄMPFER DES ROTEN ANTIKRIEGSTAGS 1972!

In diesen Tagen beginnen die Revisionsprozesse der Kämpfer des Antikriegstages von 1972 gegen die Terrorurteile der Klassenjustiz - insgesamt 11 Jahre Gefängnis wegen Teilnahme an der Demonstration anlässlich des 33. Jahrestages des Überfalls der Hitlerfaschisten auf Polen. Damals, am 1.9.72, kämpften Genossen und Freunde der KPD/ML, Anti-Imperialisten und Antimilitaristen, in München die Straße frei, um gegen Imperialismus und die von ihm stets ausgehende Kriegsgefahr zu kämpfen. Zur höchsten Strafe wurde Sascha Haschemi, Rotgardist persischer Staatsangehörigkeit, verurteilt (Vgl. RH 25): 18 Monate ohne Bewährung. Genosse Heinz Baron wurde zu 16, Genosse Schorsch Schmidt, LV-Vorsitzender der KPD/ML, zu wiederum 18 Monaten, Genosse Peter Beyer zu 12 Monaten verurteilt. Alle Urteile ohne Bewährung. Nach zwei Jahren eröffnet die Bourgeoisie immer noch weitere Prozesse gegen Teilnehmer der Anti-Kriegsaktionen '72. So gegen Klaus Kercher. Gegen ihn erließ die Klassenjustiz Haftbefehl wegen Fluchtgefahr, weil er "nicht verheiratet" sei. Der Haftbefehl wurde aufgehoben, aber sofort wieder erneuert, als Genosse Kercher nicht zu einem Prozeßtermin erschien, an dem er ohne juristischen Beistand seines Anwalts Lang (Vgl. RH 25) aufs Kreuz gelegt werden sollte. Um zu verhindern, daß Genosse Klaus wie die RAF-Genossen auf dem Wege der "Untersuchungs"-Haft ohne Prozeß eingekerkert würde, entzog er sich der Verhaftung. Es gelang den Bullen jedoch, ihn auf einer Veranstellung zu verhaften. Der konsequente Kampf der KPD/ML und der ROTEN HILFE erreichte jedoch nach sechs Hafttagen seine Freilassung. Das ist ein hervorragender Erfolg des offensiven Kampfs gegen alle Manöver der Klassenjustiz! Sofort nach seiner Freilassung ging Genosse Klaus



EINE SCHAUFENSTERPUPPE trägt die Ausrüstung eines jener Chaoten, die am 2. September 1972 der Polizei am Karlstor eine Straßenschlacht lieferten.

Zu Zeiten des Hitlerfaschismus wurden ähnliche Schaufensterpuppen zur Darstellung des "bolschewistischen Untermenschen" oder des "jüdischen Untermenschen" gezeigt. Der Münchener Polizeipräsident Schreiber erklärte zu der Ausstellung, die unter dem Titel "Freiheit braucht den Schutz der Ordnungskräfte" veranstaltet wurde: "Er wolle die Schau nicht als einen Appell an die Öffentlichkeit, sondern als eine Reaktion der Sicherheits- und Ordnungskräfte aufgefaßt wissen, die in den letzten Jahren von Extremisten immer wieder verteuft worden seien. Es sei das legitime Anliegen der Polizei, ihrerseits auch die Gewaltmethoden des Gegners und Verfassungsfeindes öffentlich und dokumentarisch vor Augen zu führen." (Süddeutsche Zeitung vom 10. 7. 74)

auf eine Veranstaltung der ROTEN HILFE und wurde dort stürmisch begrüßt. Jetzt gilt es, seinen Prozeß und die übrigen neu aufgenommenen, sowie die Revisionsprozesse von Genossen Schmidt, Beyer, Baron und Singer in echte Rohrkrepierer zu verwandeln. Der Berufungsprozeß von Klaus Singer beginnt am 26. 8. Ihn hatte die Polizei am Antikriegstag 72 in der Verkleidung von Demonstranten überfallen, zusammengeschlagen, verhaftet und vier Wochen eingesperrt. Im Prozeß entlarvte er die Justizfarce, in der unter anderem eine große Kiste mit "Demonstrantenwaffen" angeschleppt wurde, um Stimmung zu machen. (Vergleiche auch das Foto aus der Polizeiausstellung). Das Gericht fühlte sich "aufs Schwerste beleidigt" und urteilte: 1 Jahr Gefängnis und 1000 DM Geldstrafe. Sofort nach der Urteilsverkündung sprang der Staatsanwalt auf und entriß Genossen Klaus seine Prozeßunterlagen, um daraus eine "Beleidigung eines Polizeizeugen" sowie die Schilderung der Festnahme durch Genossen Klaus zu entnehmen, was zur Begründung über einen weiteren Strafbefehl über 1000 DM herhielt. Auch der Anwalt des Genossen, Jörg Lang, wurde wegen angeblicher "Beleidigung" des Staatsanwalts zu 1000 DM Geldstrafe verurteilt! (Siehe RH 25)

KAMPF DER BÜRGERLICHEN KLASSENJUSTIZ!
SCHLUSS MIT DER BEHINDERUNG DER VERTEIDIGUNG
IN POLITISCHEN PROZESSEN!
SOFORTIGE EINBÜRGERUNG VON SASCHA HASCHEMI!
FREISPRUCH FÜR GENOSSEN KLAUS SINGER!
FREISPRUCH FÜR ALLE ANGEKLAGTEN DES ROTEN ANTIKRIEGSTAGS '72!

FREIHEIT FÜR DIE REVOLUTIONÄRE AGITATION UND PROPAGANDA!

Innerhalb weniger Wochen wurden gegen Genossen Gernot Schubert, den Verleger des ROTEN MORGEN, 14 Strafverfahren eingeleitet. Allein 10 davon wegen "Beleidigung und Verunglimpfung der Bundesrepublik", im Zusammenhang mit der Ermordung von Genossen Günter Routhier. Im ROTEN MORGEN Nr. 31 veröffentlichte Genosse Schubert eine öffentliche Entgegnung zu den Anklagen, da er

zur Stellungnahme aufgefordert worden war. Die Ausgabe mit dieser Erklärung erregte die ganz besondere Wut der herrschenden Klasse, weil der Genosse keinen Schritt zurückgewichen ist sondern aufzeigt, daß lediglich die Wahrheit wiedergegeben worden ist. In mehreren Städten kam es im Zusammenhang der Beschlagnahmung des ROTEN MORGEN Nr. 31 zu Polizeieinbrüchen auf Verkäufer, Buch-

läden und Parteibüros der KPD/ML. Inzwischen hat Genosse Schubert einen Strafbefehl wegen der Erklärung erhalten. Folgender Satz wird als "Beleidigung" gewertet (u.a.): "Sie werfen mir vor, daß im ROTEN MORGEN die Duisburger Polizei eines Mordanschlags beschuldigt wird und von Polizeiterror und Gestapomethoden die Rede ist!"
Hier die Erklärung des Genossen in Auszügen:

An den Staatsanwalt Greiser (Dortmund) und die Richter Weiß (Dortmund), Rosenmüller (Duisburg) u. a.

Als Verleger der Wochenzeitschrift ROTER MORGEN, Zentralorgan der KPD/ML, sind mir die Beschlagnahmeurteile für die Nr. 25, 26 und das Extrablatt für die Nr. 27 und andere beschlagnahmt oder „sichergestellt“ werden, sind mir dazu keine Urteile zugegangen. Begleitet wurden die Beschlagnahmeurteile mit der Androhung einer Strafe bis zu 10 000 DM oder einem Jahr Gefängnis „bei Zuwiderhandlung“, sowie einer ganzen Serie von Ermittlungsverfahren gegen die verantwortlichen Redakteure und mich. Der erste Strafbefehl über 800 DM und Einziehung der Auflage des ROTEN MORGEN Nr. 25 ist bereits eingegangen. Zu den Beschuldigungen gegen mich nehme ich hiermit öffentlich Stellung, wobei ich mich auf den Kern der Vorwürfe beschränke:

Rede ist. Aber alles, was im ROTEN MORGEN steht, sind Tatsachen, die sie mit all ihren Paragraphen nicht aus der Welt schaffen können. Wenn Polizisten auf Anordnung des Richters die Zuschauer im Arbeitsgericht brutal überfallen und zusammenschlagen und dabei den Genossen Günter Routhier, obwohl immer wieder auf seine Blutkrankheit, bei der jede Verletzung zum Tode führen kann, hingewiesen wird, auf das Hinterhältigste mißhandeln (in die Stuhlreihen werfen, die Treppe hinunterstürzen, als er bereits bewußtlos ist, seinen Kopf auf den Boden des Fahrzeugs und anschließend auf die Stufen des Polizeipräsidentiums aufprallen lassen), dann ist das Polizeiterror. Dann ist es vollkommen richtig zu sagen: „Das ist der Geist von Ausschwitz und Maidanek. Das sind Gestapomethoden, gerichtet auf die physische Vernichtung des Gegners, der fort-schrittlichen, der kommunistischen Arbeiter!“

Wenn es in dem Duisburger Urteil trotzdem heißt „Dies widerspricht dem gerichtsbekanntem Obduktionsbefund“, dann gibt es dafür nur 2 mögliche Erklärungen: Entweder hat der zuständige Gerichtsobduzent seine Aufgabe, keinen Anhaltspunkt für äußere Gewaltanwendung zu finden, übererfüllt und wider besseres Wissen einen „natürlichen Tod“

bescheinigt oder das Duisburger Gericht hat den Angaben des Obduktionsbefundes zu den nicht erkennbaren äußeren Gewalteinflüssen noch etwas nachgeholfen.

Die Behauptung, Genosse Routhier sei eines natürlichen Todes und dann noch an einem Blutgerinnsel gestorben, obwohl er an einer schweren Blutgerinnungsstörung litt, die Entstehung eines Blutgerinnsels also extrem unwahrscheinlich ist, zeigt, in welche Widersprüche sich die Mörder und alle, die seinen Mord vertuschen wollen, bereits verwickelt haben.

Offensichtlich ist dem Dortmunder Amtsgericht, das den Strafbefehl für den ROTEN MORGEN Nr. 25 ausstellte, auch aufgefallen, daß bei der Entlastungsarbeit für die Mörder hier übers Ziel hinausgeschossen wurde und der bloße Anschein einer „unabhängigen Justiz“ nicht mehr gewahrt werden kann. Während sonst unsere Behauptung des Polizeimordes immer im Zentrum des Beschuldigungen stand, heißt es hier plötzlich: „Die zitierten Formalbeleidigungen übersteigen jedes vertretbare Maß, selbst wenn man davon ausgeht, daß der am 18. 6. 1974 eingetretene Tod des Günter Routhier auf die polizeiliche Räumung eines Sitzungssaales in Duisburg am 3. 6. 1974 zurückzuführen ist.“

In einem der Ermittlungsverfahren haben Sie besonders den folgenden Satz als eine „böswillige Verächtlichmachung der Bundesrepublik und ihrer verfassungsmäßigen Ordnung“ hervorgehoben: „Glühender, unversöhnlicher Haß gegen jene, die da oben in ihren Konzernbüros und Banken, in Parlament und Regierung sitzen. Die bereit sind, mit Terror und Mord ihre diktatorische Herrschaft über die Arbeiterklasse, über das Volk aufrechtzuerhalten.“

Es ist eine bewiesene Tatsache und keine Verächtlichmachung, daß die herrschende Kapitalistenklasse bereit ist, mit Terror und Mord ihre Herrschaft aufrechtzuerhalten, und Sie werden durch noch so viele Strafanzeigen nichts daran ändern können, daß wir dieser Klasse und ihrem Staat glühenden, unversöhnlichen Haß entgegenbringen.

Ich weiß, Sie können sich auf Gesetze, vor allem die reaktionären „Staatschutzgesetze“ berufen, die sich weitgehend auf die Staatsschutzgesetze des Hitlerfaschismus stützen und die unter Bruch des Potsdamer Abkommens zustande kamen, das im Rahmen der antifaschistischen Maßnahmen solche Gesetze ausdrücklich verboten hat. Sie haben da-

her auch, die Möglichkeit, alle zu verfolgen und einzukerkern, die den Charakter dieses Ausbeuterstaates entlarven und vor allem die richtige Schlußfolgerung daraus ziehen: die für den gewaltsamen Sturz dieser kapitalistischen Ausbeuterordnung und die wirkliche Demokratie der Werktätigen, die DIKTATUR DES PROLETARIATS kämpfen.

Durch alle ihre angedrohten Strafen aber werden Sie mich nicht einschüchtern können und Sie werden erst recht nicht die Kommunistische Partei Deutschlands / Marxisten-Leninisten, deren Zentralorgan der ROTE MORGEN ist, in ihrer revolutionären Arbeit aufhalten können. Im Gegenteil! Trotz des Terrors dieses Kapitalistenstaates einschließlich seiner Justiz werden sich immer mehr in den Kampf für die sozialistische Revolution einreihen, und spätestens in einem sozialistischen Deutschland, wenn nicht mehr „im Namen des Volkes“ gegen das Volk gerichtet wird, sondern das Volk seine alten Ausbeuter und Unterdrücker richtet, wird auch der Mord an Genossen Günter Routhier gestühnt und diejenigen, die mit Terror und Paragraphen die Wahrheit unterdrückt haben, zur Rechenschaft gezogen werden.

gez. Gernot Schubert.

KORRESPONDENZ

FREIHEIT FÜR ALLE POLITISCHEN GEFANGENEN IN ITALIEN - FREIHEIT FÜR RENZO POLI!

Italienische Genossen aus Westberlin schickten uns den folgenden Brief:

"Liebe Genossen!
Berlin-West, 10. 8. 74
Wir senden Euch eine Korrespondenz, mit der Bitte, sie in der nächsten Nummer der "Roten Hilfe" zu veröffentlichen. Wir müssen an den Traditionen der Internationalen Roten Hilfe anknüpfen!

Rot Front!
Thälmann Zelle der PCd`I (m-1)
Westberlin

(Der Genosse Poli, von dem im Folgenden die Rede ist, wurde in Sardinien nach einer Massendemonstration für die Opfer des faschistischen Anschlages von Brescia in einem Cafe verhaftet. d.Red.)

STÄRKEN WIR DIE ROTE HILFE!
FREIHEIT FÜR R. POLI UND DIE VERHAFTETEN
ANTIFASCHISTEN!

Im Gefängnis wurde Genosse Poli der Haftbefehl zugestellt mit der ungeheuerlichen Anschuldigung des "versuchten Mordes an einem Carabinieri -Unteroffizier". Dies geschah, nachdem der Genosse bereits einen Monat lang in Isolierhaft gehalten wurde.

In der Zwischenzeit verstärkten sich die Solidaritätsdemon-

strationen für Renzo Poli. Der Gemeinderat von Olzai (seiner Heimatgemeinde) hat mit großer Mehrheit eine Resolution für seine sofortige Freilassung angenommen. Auch in Cagliari ist ein Solidaritätskomitee für seine Freilassung gegründet worden. Dutzende von Briefen Sardischer Emigranten aus den Fabriken Norditaliens treffen ein, wo ihre Unterstützung und Solidarität zum Ausdruck kommt. Komitees für die Befreiung Polis entstanden auch auf dem Festland, in Rom zum Beispiel haben sich viele Sardische Studenten dem Komitee angeschlossen. Am Rande sei bemerkt, wie sich die Gruppe "Servire il Popolo" (Bruderorganisation der Gruppe ROTE FAHNE) verhielt. Sie haben in Nuoro "Rote Hilfe" für Renzo Poli geschaffen, indem sie die gesammelten Spenden für sich behielten und nicht wie behauptet der Familie des eingekerkerten Genossen zukommen ließen. Dieses Beispiel zeigt deutlich, wo diese politischen Banditen stehen und wessen Diener sie sind. Sie interessiert es gar nicht, wenn Arbeiter eingekerkert werden.

BEFREIEN WIR DEN GENOSSEN RENZO POLI!

Unser Genosse Poli befindet sich immer noch im Gefängnis in Isolierhaft. Die schwerwiegende und gleichzeitig absurde Anklage wegen versuchtem Mord wird weiter aufrecht erhalten. Währenddessen geht aber die Mobilisierung für die Be-

freiung der verhafteten Genossen in Nuoro weiter. Vier werden in den nächsten Tagen vor ein Schnellgericht gestellt. Wegen seiner Beliebtheit und großen Schätzung bei den Massen und wegen der infamen von der Polizei aufgebauten Anklage steht der Name des Genossen Poli im Mittelpunkt der Mobilisierung. Das Antifaschistische Komitee von Nuoro führte Massendemonstrationen durch, bei denen das sofortige Verbot der MSI (Faschistische Partei in Italien d.Red.) und die sofortige Freilassung der eingekerkerten Genossen gefordert wurde.

Auch die Zeitschrift "Su populo Sardu" gab eine gleiche Stellungnahme ab und gab Plakate zur Massenmobilisierung heraus. Das antifaschistische Jugendkomitee von Guspini, dem antifaschistisch-antiimperialistischen Komitee angeschlossen, bezeichnete die Verhaftungen als schwerwiegende Provokationen und richtete einen Appell an die Arbeiter und die Jugend zur breitesten Mobilisierung gegen den Faschismus und die täglich zunehmende Faschisierung.

VERSTÄRKEN WIR DEN ANTIFASCHISTISCHEN KAMPF!

INTENSIVIEREN WIR DEN KAMPF FÜR DIE BEFREIUNG
VON GENOSSEN POLI UND ALLER POLITISCHEN GEFANGENEN! "

FELDJÄGER SCHLAGEN SOLDATEN BLUTIG!

40000 Fälle von eigenmächtiger Abwesenheit im letzten Jahr, Zapfenstreichübertretungen und unerlaubtem Fernbleiben vom Dienst. Steigende Zahlen von Befehlsverweigerungen. Sinkende "Disziplin" - das ist Ausdruck des immer stärker werdenden spontanen Kampfes der einfachen Soldaten bei der Bundeswehr. Die Offiziere versuchen dieser Flut mit der Verschärfung des Disziplinarrechts, mit verstärktem Drill und Erziehung zum Kadavergehorsam zu begegnen - aber ohne Erfolg. Der Haß der Mannschaften auf den "Scheiß Bund" wird nur noch größer.

In einer Hamburger Kaserne geschah folgendes: Ein Soldat hatte sich für einige Tage eigenmächtig aus der Kaserne entfernt, weil seine Frau erhebliche Schwierigkeiten mit ihren Eltern hatte. Sonderurlaub für solche Fälle gibt es nicht. Da hört man von den Offizieren nur den dummen Spruch: "Wir sind doch keine Urlaubskompanie!"

Also ist der Kamerad so abgehauen. Prompt kamen die Feldjäger. Sie drangen - ohne Durchsuchungsbefehl - in die Wohnung ein. Sie zerrten den Kameraden aus dem Kleiderschrank, wo er sich versteckt hatte, schlugen ihn noch in der Wohnung zusammen, als er sich wehrte nur in Unterhose abgeführt zu werden. Die Feldjäger führten ihn dann - bis

auf die Unterhose nackend - mit angelegten Handschellen quer durch sein Wohnviertel. In dem Gefangenentransporte, in den sie ihn warfen, hatten sie extra die Heizung abgestellt und karrten ihn früh morgens bei offenem Fenster in den Knast. Als er in seine Kaserne kam, hatte er noch geschwollene und blutige Lippen und angeschwollene Handgelenke von den zu fest angezogenen Handschellen. Solcher offene Terror und Folter ist zwar noch nicht die Regel, aber Drill, Schikane, Diszi-Terror und Knast - das sind die Pfeiler dieser Armee. Nicht anders als mit diesen Mitteln kann diese Armee der Kapitalisten die Arbeiter und Bauernsöhne heute noch zum Gehorsam zwingen.

Aber nicht nur der spontane Widerstand wächst.

Unter den Parolen:

"Krieg dem imperialistischen Krieg!"

"Im Ernstfall die Gewehre umgedreht!"

richten Kommunisten diesen Kampf auf das Ziel des Sozialismus aus. Die Bundeswehrführung jammert von steigenden Zersetzungsakten und verstärkter Zellenbildung in den Kasernen. Hier erwähnt sie besonders die Parole der KPD/ML: "Im Ernstfall die Gewehre umgedreht!" als

eindeutig "zersetzend" und "gefährlich".

Klar, daß die Bundeswehrführung besonders die Revolutionäre und Kommunisten zu unterdrücken versucht. Ihnen ist aufgefallen, daß die Kommunisten sehr oft Vertrauensmänner ihrer Kameraden sind. In einer internen Anweisung der 6. Division heißt es dazu: "Dieser Tendenz ist durch die Disziplinarvorgesetzten mit geeigneten Mitteln entgegenzutreten." Bei einem Hamburger revolutionären Vertrauensmann wurde ein nichtiger Anlaß - zwei Flaschen Bier im Dienst getrunken - zum Vorwand genommen, ihn für drei Wochen für den Rest seiner Dienstzeit und noch einige Tage drüber hinaus in den Knast zu sperren.

Aufgrund des Artikels in der RH 25 sind Unklarheiten entstanden, daß die RH nur die bewußten Kämpfer gegen die Bundeswehr unterstützt. Das ist nicht richtig. Die ROTE HILFE unterstützt jeden Kämpfer gegen Militarismus und Krieg.

Die ROTE HILFE steht im Kampf gegen die besondere Unterdrückung der einfachen Soldaten an der Seite der Mannschaften. Sie tut es mit dem Ziel, die Soldaten im Kampf gegen die politische Unterdrückung zusammenzuschließen.



Die ROTE HILFE aufgebaut!

In RH 25 berichteten wir bereits vom Aufbau der ROTEN HILFE in verschiedenen Städten. Hier weitere Berichte.

RH DUISBURG

Das Initiativkomitee der ROTEN HILFE Duisburg hat sich gegenwärtig als wichtigste Aufgabe gestellt, die Wahrheit über den Polizeimord an Genossen Günter Routhier unter den werktätigen Massen zu verbreiten. Gerade dieser Polizeimord zeigte den Genossen, daß der Aufbau einer starken ROTEN HILFE Deutschlands notwendig ist, und vervielfachte ihre Energie. Mit Hausbesuchen und Straßenverkauf konnten bereits gute Erfolge in der Verbindung mit den Massen gemacht werden, und eine Reihe neuer Sympathisanten aus verschiedenen Generationen wurde gewonnen, darunter alte Kämpfer der RHD und IAH (Internationale Arbeiterhilfe vor dem Hitlerfaschismus).

RH MÜNSTER

Im Kampf zur Verbreitung der Wahrheit über den Polizeimord an Genossen Routhier und im Kampf gegen die politischen Entlassungen der kommunistischen Krankenschwester Ute sowie der Revolutionäre Ludger und Bernd erstarkte das Initiativkomitee Münster der ROTEN HILFE schnell, so daß am 26. 7. die ROTE HILFE Münster gegründet werden konnte. 40 Genossen und Freunde nahmen an der Gründung teil. Die Genossen haben die Teilnahme und den lebhaften und lehrreichen Erlebnisbericht eines Altgenossen der Thälmannschen KPD und der ROTEN HILFE Deutschlands der zwanziger und dreißiger Jahre hervor. Die Reaktion der lokalen Staatsorgane auf das rasche Erstarken der ROTEN HILFE blieb nicht aus: Ein Genosse wurde wegen Verbreitung der Wahrheit über den Mord an G. Routhier festgenommen, Informationsstände der ROTEN HILFE wurden von der Stadtverwaltung verboten. Wenn der Feind uns bekämpft, ist das gut und nicht schlecht.

RH MITTELFRANKEN

Im Industriegebiet Nürnberg-Fürth-Erlangen konnte vor kurzem die Aufbaugruppe ROTE HILFE Mittelfranken gegründet werden. Diese Gründung erwies sich als zwingend notwendig, nachdem Ansätze zu ROTER HILFE - Arbeit in diesem Gebiet durch die "e.V." - Fürsten und anarchistische Elemente in den Sumpf geführt worden sind. Dazu aus Nürnberg eine Richtigstellung zur RH 25:

Die aus der "e.V." ausgetretenen 23 Genossen haben sich nicht auf der korrekten Linie des Programmaufbaus geschlossen, sondern sind mehrheitlich auf "schwarze" (anarchistische) Positionen eingeschwenkt. Dieser Schwenk dürfte u. a. eine spontane Reaktion auf die üblen Machenschaften der "e.V." bzw. der Gruppe ROTE FAHNE sein, die diese Genossen mit Wahlbetrug, Majorisierung durch "K"SV-Stimmvieh, Organisationsborniertheit im Stile von "die Klassenfront verläuft im Augenblick zwischen Uli Kranzusch und der Bourgeoisie", sowie durch ihre halstarke Ablehnung der Solidarität mit den RAF-Genossen, Mehrdad Ahdrom und Günter Wagner in ein spontaneistisches Fahrwasser getrieben haben.



RH WESTBERLIN

Die ROTE HILFE - Arbeit nimmt in Westberlin einen Aufschwung, seit sich die revolutionären Roten Helfer Westberlins von den opportunistischen Häuptern der "R"H-Stephanstraße getrennt haben. Diese hatten in einer Reihe von Fällen bewiesen, daß sie nicht gewillt waren, den Kampf gegen die politische Unterdrückung tatkräftig zu führen. Im Gegenteil, sie gingen dazu über, diesen Kampf zu sabotieren, indem sie die ROTE HILFE - Zeitung unverkauft liegenließen und zynisch die Unterstützung eines Flugblatts zum Polizeimord an G. Routhier mit der Begründung verweigerten: "Der Markt ist übersättigt mit Flugblättern."

Aufgrund ihrer totalen Passivität und opportunistischen Linie haben sie einige ehrliche Rote Helfer in die Arme der Spalterorganisation "Rote Hilfe e.V." getrieben. Diejenigen revolutionären Roten Helfer, die jetzt in Westberlin zügig den Aufbau der ROTEN HILFE betreiben, haben allein durch den Verkauf von 500 Exemplaren der RH 24 und 700 Exemplaren der RH 25, durch Sammlung von 600,- DM für die ROTE HILFE und über 1900,- DM für Familie Routhier bewiesen, daß sich revolutionäre Organisationen stärken, wenn sie sich von opportunistischem Ballast befreien.

Die Genossen in Mittelfranken haben den Kampf aufgenommen gegen Gewerkschaftsausschlüsse und politische Entlassungen gegen Genossen der KPD/ML und der Gruppe ROTE FAHNE. Sie werden ihren Kampf verstärken gegen den zunehmenden Polizeiterror gerade in Nürnberg, wo eine Reihe von Haussuchungen bei KPD/ML-Genossen durchgeführt, Flugblattverteiler verhaftet, eine Druckmaschine der "Liga gegen den Imperialismus" beschlagnahmt wurden u. a. m. Insbesondere muß auch der Kampf gegen den Lügen- und Verleumdungsfeldzug der Bullen gegen die KPD/ML geführt werden, dessen Höhepunkt bis jetzt die Ente war, daß ein Polizist als "Rache für Günter Routhier" im Wald angeschossen worden sei. Diese Lüge war so plump aufgebaut, daß sie von der Presse und der Polizei selbst zwar wie eine heiße Kartoffel fallengelassen wurde, jedoch ungedemütigt als Gerücht fortexistiert. Welchen Ruf sich die Bullen in der Nürnberger Bevölkerung erworben haben, dokumentiert das Lamento einer Polizistenfrau, sie würde von den Nachbarn als "Bullenfrau" bezeichnet und in Geschäften unfreundlich behandelt.

FREIHEIT FÜR DIE REVOLUTIONÄRE PROPAGANDA!

Wie in der RH 25 dokumentiert, erwirkte der Vorstand der IG Chemie beim Landgericht Hamburg eine einstweilige Verfügung, die die Verbreitung der Wahrheit über die arbeiterfeindliche Führung der Gewerkschaften, über den reaktionären Charakter des DGB-Apparats verbietet. Ähnlich wie beim Schulte/Osswald-Prozeß richtete sich dieser Angriff gegen den Presseverantwortlichen einer kleinen Gruppe (Gruppe Hamburger Kommunisten), von der die Bourgeoisie annahm, sie sei zu schwach, um ihn erfolgreich zurückzuschlagen. Sie verrechneten sich jedoch gründlich. Die "Gruppe Hamburger Kommunisten" löste sich auf. Ihre Genossen stärkten die Rote Hilfe und schlossen sich um die KPD/ML zusammen. Renate S., inzwischen Sympathisantin der KPD/ML, führte die revolutionäre Propaganda gegen die Lohnraubpolitik der DGB-

Bonzen und ihre Rolle im imperialistischen Staat erschrocken in ihrem Betrieb fort.

Gegen die breite Empörung der Kollegen wurde sie am 2. 4. 74 auf Betreiben des Betriebsrates auf die Straße gesetzt. Am 19. 4. folgte das Ausschlußverfahren aus der IG Chemie, gleichzeitig das Verbot, sich weiter als Vertrauensfrau zu bezeichnen, weiterhin die Verweigerung des Rechtsschutzes gegen die Kündigung.

Am 25. 5. versuchten die IG-Chemie Bonzen die Genossin und den Genossen K., gegen den sich die einstweilige Verfügung richtete, zur Unterschrift unter Reverse zu bringen: Sie sollten ihre revolutionären Positionen verleugnen.

Am 7. und 9. 5. erwirkten sie erneute einstweilige Verfügungen: Verbot der revolutionären Propaganda unter Androhung

von 6 Monaten Haftstrafe oder Geldstrafe in unbegrenzter Höhe. Welche Angst müssen diese Herren vor der revolutionären Agitation und Propaganda haben! Je wilder sie um sich schlagen, desto deutlicher erscheint ihr wahres Gesicht. desto fruchtbarer der Boden für die revolutionäre Propaganda! Und je hysterischer sie in ihrer Presse über die "subversiven Chaoten" hetzen, desto offener die Ohren der Kollegen! Und so wächst die Kraft rasch an, die diesen Angriff auf die revolutionäre Propaganda zurückschlagen wird, die Solidarität der Arbeiterklasse und des Volkes!

(Die Rote Hilfe Hamburg hat diesen Fall ausführlich dokumentiert in der Broschüre "Kampf den politischen Entlassungen und Gewerkschaftsausschlüssen!")

